

Migrationsdebattenritual – gibt es noch Wege zu einer Lösung?



Am 22. September, gab es im Bundestag mal wieder eine Debatte zur Migrationslage. Zur Diskussion stand ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion, der „[auf die schärfsten Forderungen der eigenen Leute verzichtete](#)“, also als Verhandlungsangebot an die Ampelkoalition verstanden werden konnte. Aber zum Debattenbeginn verstieg sich Alexander Dobrindt zu Formulierungen wie, die Innenministerin sei „das Trojanische Pferd zur Verschärfung der Migrationskrise“. Nancy Faeser antwortete damit, dass das Gerede von Merz und Söder nur die Rechtsextremen stärke. Zu einer Diskussion über Lösungsansätze kam es nicht mehr, reflexhaft wurde beiderseits nur über die anderen geschimpft. Die Bundestagsdebatte vermittelte den Eindruck, dass Lösungen zur Migrationsproblematik nicht absehbar sind – die AfD-Vertreter freuten sich erkennbar.

Nicht überraschend wurde zu diesem Ablauf in den Medien [kommentiert](#), dass die Asylpolitik (endlich) mehr Ehrlichkeit brauche. Das ist auch dringend nötig:

- Einige wollen zur Entlastung der Kommunen eine weitere Zuwanderung durch Abweisung an den Grenzen verhindern („Abschottung“), aber sagen, sie wollten das individuelle Asylrecht nicht einschränken – wie geht das zusammen?
- Andere lehnen die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten ab, weil dort eine Überprüfung von Behördenentscheidungen nicht nach deutschen Rechtsstandards gesichert sei. Aber sie tun sich schwer mit der Diskussion, dass die jetzige Praxis Asylanträge erst nach evtl. Tausenden von Kilometern über gefährliche Routen mit teuren Schleppern zulässt – soweit man dann noch lebt.
- Manche klagen über die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, verdrängen aber, dass sie viele Zugewanderte (Geduldete) mit Arbeitsverboten belegt haben und dass ohne Zuwanderung von Arbeitskräften unsere Sozialsysteme kaum zu retten sind.
- Wieder andere bestreiten einen Pull-Effekt durch die im internationalen Vergleich relativ hohen Sozialleistungen für Asylbewerber mit Verweis auf Studien, können aber nicht erklären, warum in Dänemark die [Reduzierung der Sozialleistungen](#) zu einem Ausweichen nach Deutschland geführt hat.

Die Liste der Teilwahrheiten, bei denen anderes Wichtiges weggelassen wird, um (allzu) einfache Antworten anbieten zu können, ließe sich fortsetzen. Wie mit Teilwahrheiten an Lösungsschritten vorbeigeredet werden kann, zeigte im Juni anschaulich ein [Streitgespräch](#) anlässlich des EU-Beschlusses zur Reform des Asylsystems (GEAS) zwischen Jens Spahn und Rasmus Andresen, Chef der deutschen Grünen im EU-Parlament. Gesucht wurde nicht nach Gemeinsamkeiten für eine Flüchtlingspolitik, sondern nach dem Trennenden.

Auch Friedrich Merz ist jetzt mit seiner [Zahnarzt-Story](#) einer ehrlichen Analyse nicht wirklich näher gekommen, aber zwei andere CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen haben immerhin gezeigt, dass eine [nüchterne Analyse](#) möglich ist, die eine parteiübergreifende Lösungssuche zuließe.

Natürlich ist es schwierig, so unterschiedliche Ziele und Werte unter einen Hut zu bringen, wie etwa die Schutzversprechen unseres Asylrechts, das unter dem Eindruck des menschlichen Leids infolge des 2. Weltkriegs geschaffen wurde, dann das verbreitete Bedürfnis, in einem hinreichend vertrauten, kriminalitätsarmen Umfeld leben zu können, sowie die Funktionsfähigkeit von Kommunen oder Sozialsystemen – dazu noch die diversen Maßnahmen zum Anstreben der Ziele, die für das eine günstig, für anderes nachteilig sind. Wie eine Zeitung zur Innenministerin [kommentierte](#):

Faeser scheint zwei völlig gegensätzliche Botschaften zu senden. Auf der einen Seite will sie Zuwanderer einladen, die in Deutschland arbeiten sollen, auf der anderen Seite soll Zuwanderung durch das

neue Asylabkommen erschwert werden. Sie vertritt also eine Willkommens- und eine Abschottungskultur gleichzeitig. Das sind zwar zwei verschiedene Dinge – die Aufnahme von Verfolgten einerseits und die Zuwanderung von Fachkräften andererseits. Aber in der öffentlichen Wahrnehmung bleibt oft nur Zuwanderung hängen. Und die soll möglichst von den richtigen Menschen aus den richtigen Ländern auf dem richtigen Weg erfolgen. Das zu erklären ist kompliziert.

Das Erklären müssen wir aber hinbekommen.

„Das liberale Europa muss Migration steuern, sonst übernehmen die Abriegler das Ruder“

Diese These/[Überschrift](#) einer Zeitung ist wohl mit Blick auf die Europawahlen Anfang Juni 2024 ernst zu nehmen. Um bei den kommenden Wahlen in Polen, den Niederlanden und in der EU und auch in diversen Bundesländern eine erhebliche Zunahme der rechtspopulistischen Abriegler zu verhindern, muss das liberale, rechtsstaatliche Europa jetzt Lösungsschritte bieten, von deren Wirksamkeit die Wählerschaft auch überzeugt werden kann.

Dafür aber müssten die demokratischen Parteien, abweichend von ihren üblichen Reflexen,

- sich ehrlich machen und aufeinander zugehen, um konstruktiv Lösungsschritte auszuhandeln, statt sich in Polemikschleifen zu erschöpfen und dabei jeden Lösungsansatz scheitern zu lassen,
- nicht den Vereinfachern hinterherlaufen, sondern sich ernsthaft um das Erklären des Komplizierten bemühen.

Akut geht es um die Frage: Wie umgehen mit dem Beschluss der EU-Innenminister zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) vom Juni 2023, der am 4.10.2023 nach einer Modifikation bestätigt wurde. ([Kompakt zu Inhalt und Hintergründen](#))

- Für manche ist der Beschluss ein Durchbruch, weil erstmals zum Asylthema in der EU ein gemeinsamer Beschluss erreicht worden sei.
- Für andere ist es ein „mensenrechtlichen Tabubruch“, der schärfstens abzulehnen sei.
- Für weitere löst der Beschluss die Probleme mit der unkontrollierten Migration noch nicht, er könne jedoch die Verhandlungsbasis für nützliche Lösungsschritte sein.

Die scharfe Ablehnung kommt vor allem von Organisationen, die in der Flüchtlingshilfe engagiert sind, sowie von nahestehenden Parteiflügeln, wobei es innerhalb der Parteien stark [unterschiedliche Auffassungen](#) gibt. Die Kritik wird insbesondere damit begründet, dass der Beschluss bisher geltende – wenn auch vielfach ohnehin nicht eingehaltene – Schutz- und Verfahrensrechte für Geflüchtete einschränken dürfte oder könnte. Diese Kritik ist sicher zumindest in Teilen berechtigt und nachvollziehbar.

Aber die von einigen daraus abgeleitete Forderung, der EU-Beschlusskompromiss solle vom EU-Parlament in weiteren Verhandlungen abgelehnt werden, ist doch sehr problematisch. Denn die Vertreter dieser Forderung haben keinen Weg aufzeigen können, auf dem eine gemeinsame EU-Vereinbarung möglich erschiene, die weniger restriktiv ist. Der Nachfrage hierzu wurde teilweise entgegengehalten: „Besser keine Vereinbarung als diese Vereinbarung.“

Aber ist diese knackige Formulierung eigentlich verantwortlich? Was kommt denn, wenn der EU-Asylkompromiss am Einspruch des EU-Parlaments [scheitern](#) sollte? Das wahrscheinlichste Szenario wäre dann wohl,

- dass es keinerlei Vereinbarung gibt und das Scheitern der EU-Institutionen bei den anschließenden Wahlen den Abrieglern weiteren Auftrieb gibt und
- dass die südlichen und östlichen EU-Länder, weil es dann auch keine ausgleichende Verteilung in der EU gibt, die Abriegelung des eigenen Landes durch weitere Zäune, Push Backs und bilaterale Vereinbarungen ohne humanitäre Konditionen mit autoritären Regimen von Transitländern verstärken werden.

Wäre dieses Szenario für Geflüchtete „besser“ als auf der Basis des EU-Beschlusses über die weitere Konkretisierung bei der Umsetzung des Beschlusses zu verhandeln? – Wohl kaum.

Verantwortlich erscheint deshalb am ehesten ein zähes, auch selbstkritisches Weiterverhandeln zu den Konkretisierungen. Klar sein sollte dabei: Je besser es gelingt, die aufnehmende Bevölkerung in der Argumentation mitzunehmen, desto größer dürfte der Spielraum zur Aufnahme von Geflüchteten werden.

Hier liegt auch eine – bisher zu wenig wahrgenommene – Aufgabe der Flüchtlingshelfer und ihrer Verbände.